

# Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in der vergangenen Woche haben wir wieder vollen Einsatz für Bayerns Bürgerinnen und Bürger gezeigt: So forderten wir mit Dringlichkeitsanträgen im Plenum die **sofortige Wiederaufnahme der**



**KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude** sowie eine **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes**. Außerdem stand die erste Ausgabe unseres Online-Formats „**Blickpunkt B@yern: Wohlstand bewahren – Bayerns Energieversorgung sicherstellen**“ im neuen Jahr auf der Agenda. Unser Europaausschussvorsitzender Tobias Gotthardt hatte zudem die große Ehre, die **Generalkonsulin Israels Carmela Shamir** bei uns im Bayerischen Landtag zu begrüßen. Alle weiteren Details haben wir auf den nächsten Seiten für Sie zusammengefasst. Viel Vergnügen beim Lesen!

## Rückblick



## KfW-Förderstopp für energieeffiziente Gebäude: Programme sofort wiederaufnehmen

Das Bundeswirtschaftsministerium hat die KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude gestoppt. Die Unterstützung des Effizienzhauses (EH) 55 wurde sogar vollständig beendet. Dadurch sind zahlreiche Gebäudefi-

nanzierungen obsolet geworden. **Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Ampelregierung im Bund daher vergangenen Mittwoch dazu aufgefordert, sich für die sofortige Wiederaufnahme der KfW-Förderprogramme einzusetzen.** Denn zahlreiche Betroffene hatten darauf vertraut, dass die Antragstellung für das EH 55 bis Ende Januar 2022 möglich sein würde, jetzt aber ist der Stichtag willkürlich auf den 24. Januar zurückgesetzt und damit die versprochene Antragstellung bis zum 31. Januar ausgebremst worden. Um das Vertrauen der Menschen nicht zu verspielen, **sollten die bereits gestellten Anträge schnell bearbeitet und bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen auch zeitnah bewilligt werden.** Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. geht aktuell davon aus, dass **rund 80.000 Sozialwohnungen** vorerst nicht gebaut werden können. Zusätzlich könnten die Kaltmieten alleine durch den Wegfall der Förderung von Gebäuden nach Standard des EH 55 **um 1,50 Euro pro Quadratmeter** steigen. Daher ist es richtig, dass mehrere Bundesländer – darunter auch Bayern – eine **Sonderkonferenz der Bauminister mit dem Bund fordern.** Denn die Antragsteller brauchen nun dringend tragfähige Lösungen. [HIER](#) lesen Sie mehr.





## Verlängerung des Kurzarbeitergeldes: Bisherige wirtschaftliche Erfolge nicht gefährden

Das Gastgewerbe, der Handel und vor allem die Veranstaltungs- und Kulturbranche leiden nach wie vor unter Corona-bedingten Einschränkungen. **Deshalb haben wir die**

**Ampelkoalition in Berlin letzten Mittwoch mittels Dringlichkeitsantrag im Plenum aufgefordert, schnellstmöglich den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld bis zum Ende des zweiten Quartals zu verlängern.** Denn angesichts der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie brauchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Planungssicherheit. Zwar hat die Konjunktur im Freistaat in den vergangenen Monaten spürbar angezogen und auch die Arbeitslosenquote liegt mit aktuell 3,3 Prozent wieder auf dem Vorkrisenniveau. **Die Zunahme an Kurzarbeitsanzeigen im Januar ist allerdings ein Beleg dafür, dass sich das Gastgewerbe, der Einzelhandel und die Veranstaltungswirtschaft noch nicht erholt haben.** Der bisher geltenden Regelung zufolge ist die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds auf 24 Monate begrenzt. Unternehmen, die seit Pandemiebeginn Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt haben, erreichen diese Grenze deshalb noch im Februar. Ohne eine Verlängerung der Sonderregelung steigt das Risiko von Entlassungen – und damit auch die Gefahr, dass die mittels Kurzarbeit erreichten volkswirtschaftlichen Erfolge gefährdet werden. Gleichzeitig darf das Kurzarbeitergeld keine Dauerhilfe werden. **Sollte sich die Bedrohung durch Corona in den kommenden Monaten entspannen, brauchen wir zeitnah eine tragfähige Exit-Strategie statt immer neuer Corona-Sonderregelungen.** Mehr dazu [HIER](#).

## Reformation des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes: Bei Novelle ist Augenmaß gefragt

**25 Jahre nach Inkrafttreten des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes machen wir uns für eine umfassende Novellierung des Gesetzes stark.** Denn immer noch sind



Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt – obwohl das Ausräumen bestehender Nachteile in der Bayerischen Verfassung verankert ist. Bayern befindet sich zwar auf einem guten Weg, aber diesen müssen wir auch in Zukunft konsequent weiterverfolgen. **Bislang gibt es zum Beispiel keine Verpflichtung für bayerische Behörden, einen Gleichstellungsbeauftragten oder ein Gleichstellungskonzept zu haben.** Mit einem entsprechenden Antrag, der am vergangenen Dienstag im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes behandelt worden ist, will unsere Fraktion darauf hinwirken, die bestehenden Regelungen im Gesetzestext kritisch zu hinterfragen und – wo erforderlich – anzupassen. Konkret halten wir es für geboten, die Erkenntnisse, die während der Expertenanhörung zum Bayerischen Gleichstellungsgesetz im vergangenen Herbst gewonnenen wurden, zum Anlass für eine umfassende Prüfung zu nehmen. **Denn das Gleichstellungsgesetz war seinerzeit wegweisend, ist aber mittlerweile in die Jahre gekommen.** Bislang sind die darin enthaltenen Formulierungen „weich“ und wenig bindend. **Wichtig ist jedoch, den Dienststellen kein überbordendes Regelwerk aufzunötigen. Deshalb ist Augenmaß gefragt.** Denn Behörden bekommen oft deutlich weniger Bewerbungen von Frauen als von Männern. Die Frauenquote muss daher auch mit der Einstellungsquote verglichen werden. [MEHR HIER.](#)



# Kurznews

## Wahl zum Parlamentarischem Kontrollgremium und Wahl des Landtagsvizepräsidenten



Auch wenn es angesichts des Verhaltens der AfD im Parlament nicht immer leichtfällt, so respektieren wir das ihr zustehende Vorschlagsrecht für das Parlamentarische Kontrollgremium und den Parlamentsvizepräsidenten. **Ob man als Abgeordneter von den hierfür vorgeschlagenen Personen nach außen vertreten werden möchte, muss jeder selbst und nach eigenem Gewissen beurteilen.** Ebenso verhält es sich mit der Frage, ob wir im Parlamentarischen Kontrollgremium eine Fraktion mit der Aufgabe der Kontrolle des Verfassungsschutzes betrauen möchten, die selbst ein Fall für den Verfassungsschutz sein könnte. [HIER](#) lesen Sie mehr.



## Veterinärrecht: Nur gezieltes Tierseuchenmanagement kann Fischerei und Teichwirtschaft in Bayern schützen

Fischseuchen gehören zu den größten Bedrohungen für unsere heimischen Fischbestände. **Daher setzen wir uns dafür ein, dass Bayern spezifische Bekämpfungsmaßnahmen ergreifen darf.** Denn nur durch ein gezieltes Tierseuchenmanagement kann **die landschaftsprägende Funktion der Fischerei und Teichwirtschaft in Bayern geschützt und deren wichtiger Beitrag zur Artenvielfalt fortgesetzt werden.** [MEHR HIER](#).

## Taubblinden und höresehbehinderten Menschen mehr Unterstützung zukommen lassen

Taubblinde und höresehbehinderte Menschen benötigen für sehr viele



alltägliche Dinge Assistenz und Orientierungshilfe. **Deshalb bedürfen taubblinde und höresehbehinderte Menschen mehr Unterstützung im Rahmen einer Taubblindenassistenz.** Diese wollen wir flächendeckend verbessern, besonders im ländlichen Raum. Ziel unseres Antrags ist, eine **auskömmliche Vergütung für ausreichend qualifizierte Taubblindenassistenten** sicherzustellen. Denn diese wichtige Aufgabe erfordert vertiefte Kenntnisse in verschiedenen Kommunikationsformen, darunter deutsche Gebärdensprache, taktiles Gebärden und Lormen. [MEHR HIER](#).



## Reformation der Altersvorsorge: Gesetzliche Rentenversicherung bleibt wichtigste Säule der Alterssicherung

Wir wollen älteren Mitmenschen auch im Rentenalter ein selbstbestimmtes Leben sowie ausreichend gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. **Deswegen fordern wir die Berliner Ampelregierung auf, dafür zu sorgen, dass das Altersvorsorgesystem mit Blick auf demografischen Wandel und absehbaren Renteneintritt geburtenstarker Jahrgänge leistungs- und generationengerecht modernisiert wird.** [HIER](#) lesen Sie mehr.

# Unsere Social-Media-Beiträge

## – danke fürs Teilen!

**Das letzte Atomkraftwerk in Deutschland wird dieses Jahr abgeschaltet und wir wollen schnellstmöglich raus aus der klimaschädlichen Kohle.** Doch gleichzeitig ächzen wir unter drastisch steigenden Preisen für Strom, Gas und Erdöl. Welche Maßnahmen die Politik ergreifen muss, um die Energiewende erfolgreich und bürgernah umzusetzen, diskutierte unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl am vergangenen Donnerstag mit seinen Gästen. Hier können Sie sich die Veranstaltung noch einmal in voller Länge anschauen:





Wir sagen hohen Energiepreisen den Kampf an! **Dank unseres unermüdlischen Einsatzes ist dies nun endlich auch bei den Berliner Ampelparteien angekommen.** Denn plötzlich hält der Bundesfinanzminister eine Abschaffung der EEG-Umlage schon in diesem Sommer für denkbar. Doch reicht das zum Ausgleich für die weiter steigenden Gas-, Kohle- und Ölpreise aus? Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl gibt im Wochendurchblick seine Einschätzung ab. Hier geht es direkt zum Video:





**Folgen Sie uns mit einem Klick auf die Grafiken:**



**@fwlandtag**



**@fwlandtag**



**@fwlandtag**



**@fwlandtag**

**Wir wünschen Euch und Eurer Familie eine  
schöne Woche – und bitte bleibt ALLE ge-  
sund!**

**Impressum**

**Abgeordnetenbüro Anna Stolz**

**Alte Bahnhofstraße 4**

**97753 Karlstadt**

**E-Mail: [buero@mdl-annastolz.de](mailto:buero@mdl-annastolz.de)**

**Homepage: [www.mdl-annastolz.de](http://www.mdl-annastolz.de)**

---